

11. Europäisches Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen

10.-11. Mai 2012

Egmont Palace, Brussels

Wohnungslosigkeit und das Recht auf Wohnen in Zeiten der Krise

Genügt ein Dach über dem Kopf,
um sich 2012 in der EU zu Hause zu fühlen?





Gefördert durch die Europäische Kommission

Organisiert mit Unterstützung des European Anti-Poverty Network (EAPN)

Veranstaltet im Egmont Palast der Belgischen Regierung



Das 11. Europäische Treffen versammelte über 150 Delegierte (Menschen mit direkten Erfahrungen von Armut und/oder Wohnungslosigkeit) aus 30 Ländern zur gemeinsamen Reflexion des Konferenzthemas mit Blick auf drei wesentliche Aspekte: Der Einfluss der Krise, Beispiele aus der Praxis, politische Vorschläge und Forderungen. Die Delegierten tauschten sich dabei mit VertreterInnen nationaler Ministerien, der Europäischen Kommission, des Europäischen Sozial- und Wirtschaftsrats, VertreterInnen sozialer NGOS und mit WissenschaftlerInnen aus.

Deklaration der Delegierten

Der Eröffnungsbeitrag von Menschen mit Armutserfahrungen im Rahmen des 11. Europäischen Treffens bestand in der folgenden gemeinsamen Deklaration an alle Europäischen Institutionen.

“Rote Karte” für die EU-Institutionen von den Delegierten des 11. Europäischen Treffens von Menschen mit Armutserfahrungen

Dies ist das 11. Europäische Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen. Mehr als je zuvor fühlen wir uns in diesem Jahr von jenen, die behaupten an unserer Seite zu stehen, mit und für uns zu arbeiten, im Stich gelassen. Eine immer größere Zahl an Menschen ist von Wohnungslosigkeit betroffen und lebt in prekären Wohnsituationen. Eine immer größere Zahl verliert ihren Wohnraum, weil sie sich ihre Miete oder Hypothek-Rate nicht leisten können, immer mehr Menschen sind aufgrund von Diskriminierung ohne Wohnraum. Überall nehmen Arbeitslosigkeit und Unsicherheit am Arbeitsplatz zu, junge Menschen können keine Zukunftsperspektiven entwerfen. All dies passiert, weil die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten ausschließlich mit ihren Fiskalangelegenheiten beschäftigt sind. Unserem Empfinden nach hat die Europäische Union, die vor 60 Jahren ins Leben gerufen wurde, ihre ursprünglichen Ziele aufgegeben: Ziele, zu denen die Respektierung von Grundrechten, weitverbreiteter materieller und sozialer Wohlstand, Solidarität und Kooperation gehörten. Die Politik mit der die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise bekämpft werden soll, produziert mehr Armut und soziale Ausgrenzung. Wir haben das Recht auf Mindestsicherung, auf einen qualitätvollen Arbeitsplatz, effiziente und leistbare soziale Dienstleistungen, auf Wasser, Elektrizität, würdevollen Wohnraum und auf Gesundheit. Dass die Europäischen Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen eine Lösung für alle Probleme bringen würden, haben wir nie geglaubt. Aber wir wissen, dass es sich um eine einzigartige Gelegenheit handelt, um unsere Stimmen zu erheben und uns Gehör und Einfluss zu verschaffen, mit direkten Beiträgen auf die

Gestaltung jener Politiken, die uns unmittelbar betreffen und auch Auswirkungen für die ganze Gesellschaft haben.

Wir verlangen eine wirkliche EU-Inklusions-Strategie mit bedeutsamen Maßnahmen auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene, die zur Erreichung des EU Armutsreduzierungsziels führen. Als direkt Betroffene möchten wir in die Entscheidungen über die entsprechenden Maßnahmen genauso einbezogen werden, wie in deren Umsetzung und Evaluierung. Und wir fordern finanzielle Investitionen in solche Maßnahmen.

Wir wollen uns im öffentlichen Raum Sichtbarkeit und Gehör verschaffen, deshalb werden VertreterInnen einiger Delegationen heute das Treffen verlassen, um sich vor dem Gebäude des Rats der Europäischen Union zu versammeln und den Verantwortlichen an der Spitze der Europäischen Union die Rote Karte zu zeigen und unsere Botschaften zu hinterlassen:

Video der Aktion:

http://www.youtube.com/watch?v=ZH71bDQ8_rw&feature=youtu.be



Eröffnungsplenum – Einleitende Beiträge



Jesper BRASK FISCHER, Stv. Generalsekretär, Dänisches

Sozialministerium erinnerte die Delegierten daran, dass es wenig gemeinsame Sozialgesetzgebung in der EU gibt, Prozesse wie die Offene Methode der Koordinierung (OMK) es den Mitgliedsländern jedoch ermöglicht haben, miteinander in Austausch zu treten und gemeinsame Herausforderungen und Ziele anzugehen. Darüber hinaus setzt sich die neue Europa 2020 Strategie neben Wirtschaftswachstum und der Schaffung neuer Arbeitsplätze auch soziale Inklusion und Armutsreduzierung zum Ziel.

Trotzdem ist die Zahl an armutsgefährdeten Personen in der EU von 2009 bis 2010 um neun Millionen gewachsen.

Im Rahmen von Strategien zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit braucht es Ressourcen für neue Initiativen und zielgerichtete Methoden.

László ANDOR, Europäischer Kommissar für Beschäftigung, Soziale

Angelegenheit und Inklusion wies auf die Botschaften der jüngsten Wahlergebnisse quer durch Europa hin, die einen Kurswechsel nötig machen und zeigen, dass der eingeschlagene Sparkurs nicht länger akzeptiert wird. Eine intelligentere Lösung fiskaler Konsolidierung ist notwendig.

Die EU 2020 Strategie enthält das Ziel, mindestens 20 Millionen Menschen aus Armut und Ausgrenzung zu heben. Vor zwei Jahren wurden wir kritisiert, weil wir nicht ambitioniert genug waren. Jetzt hören wir, dass diese Ziele nicht realisitsch sind. Sie sind jedoch nur unrealisitsch, wenn es uns nicht gelingt, Wachstumsmöglichkeiten in jenen Ländern zu schaffen, die am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Wir müssen neue Formen der Solidarität zwischen den einzelnen Ländern wie auch innerhalb der Länder finden, um die notwendigen Sozialleistungen weiter finanzieren zu können.

Die Europäische Kommission hat sehr wenige Möglichkeiten der direkten Intervention in die Sozialpolitik der Mitgliedsländer. Sie wird jedoch durch Europäische Förderprogramme weiterhin dazu beitragen, dass sowohl Ursachen von als auch die besten Lösungsansätze im Hinblick auf Wohnungslosigkeit erforscht werden und dabei auch innovative Ansätze evaluieren.

Wir müssen dringend jene unglücklichen politischen Reaktionen diskutieren, die zu einer Kriminalisierung von Wohnungslosigkeit führen und uns damit beschäftigen, wie die Arbeit der EU zur Roma-Integration und zur Bekämpfung von Kinderarmut mit Wohnungslosigkeit und weiteren Fragen rund um Wohnraum zusammenhängen.

Wir müssen mehr für die Prävention von Wohnungslosigkeit tun und dabei auf jene Regeln des Finanzmarkts achten, die die systemische Ursache von Wohnungslosigkeit bilden. Wir müssen Gesundheits- und Arbeitsmarktpolitik, Lebensmittelprogramme, Menschenrechte, regionale Entwicklung usw. auf ihren Einfluss hin untersuchen. Um solche Anstrengungen zu unterstützen hat die Europäische Kommission vorgeschlagen, dass zumindest 20% der gesamten EU Sozialfondsmittel für soziale Inklusion vorgesehen werden.

Maggie DE BLOCK, *Belgische Staatssekretärin für Soziale Integration und die Bekämpfung von Armut*

betonte das Ansinnen Belgiens für strukturelle Reformen und dadurch für die notwendigen Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstums bei gleichzeitiger Ausgabenkürzung zu sorgen.

Es ist von zentraler Bedeutung, dass EntscheidungsträgerInnen auf Menschen mit Armutserfahrungen hören, um konsistente und kohärente politische Maßnahmen zu entwickeln. Dafür ist auch dieses Europäische Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen notwendig und es braucht diese Treffen solange es Armut gibt.

Eine koordinierte europäische Politik, wie in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rats von 2010 vorgesehen, trägt dabei zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit bei.

Dominique PION, Französische Delegierte des 10. Europäischen Treffens von Menschen mit Armutserfahrungen betonte die Bedeutung und Bereicherung der Europäischen Treffen für Menschen mit Armutserfahrungen. Es habe jedoch bislang so wenig direkte Folgen in den auf den Treffen angesprochenen Themenbereichen und bezüglich der dort verabschiedeten Forderungen gegeben, dass über die Jahre hinweg keine reale Entwicklung feststellbar ist. Darüber hinaus wird die Abwesenheit politischer Entscheidungsträger als Mangel an Respekt empfunden. Nichtsdestotrotz sind Aktivitäten, die wie diese die direkte Partizipation fördern, bedeutsam, um Menschen mit Armutserfahrungen eine Stimme zu geben und die Entwicklung gemeinsamer Botschaften zu ermöglichen. Es ist wichtig, dass die Europäischen Treffen jedes Jahr organisiert werden und damit der Dialog mit PolitikerInnen und offiziellen VertreterInnen in Gang bleibt.

Kreative Präsentationen – Die Realität von Menschen mit Armutserfahrungen in Europa

Wie bereits in den Vorjahren waren die nationalen Delegationen eingeladen, die Armutsrealitäten ihres Landes auf kreative Weise zu präsentieren. Diesmal ging es in den dargebotenen Rollenspielen, Filmen und Präsentationen um das Recht auf Wohnraum in Zeiten der Finanzkrise.

Die einzelnen Präsentationen und Filme können hier nachgelesen bzw. gesehen werden: <http://www.eapn.eu/en/news-and-publications/news/eapn-news/11th-european-meeting-of-people-experiencing-poverty-homelessness-and-housing-rights-in-the-context-of-the-crisis>

Workshops und Dialoggruppen

Zum Austausch von Erfahrungen, Reflexionen und Vorschlägen teilten sich die Delegierten in sechs Workshops auf, in denen vor allem die folgenden Fragen diskutiert wurden:

1. Wo liegen die zentralen Unterschiede im Hinblick auf Wohnungslosigkeit und die Verletzung des Rechts auf Wohnen im Vergleich des Jahres 2012 mit 2008 bzw. mit der Zeit vor der Krise?
2. Welche Beispiele guter und schlechter Praxis im Umgang mit Wohnungslosigkeit und der Verletzung des Rechts auf Wohnen gibt es?
3. Welche geeigneten Maßnahmen zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit und der Sicherung des Rechts auf Wohnen sind auf lokaler, regionaler, nationaler und EU Ebene zu setzen?

Im Anschluss daran trafen sich die Workshop-TeilnehmerInnen in insgesamt drei Dialoggruppen, um die Ergebnisse der Workshops mit VertreterInnen wichtiger Europäischer Stakeholdergruppen zu diskutieren.

Zentrale Botschaften

Armut, Wohnungslosigkeit und das Recht auf Wohnen

- **Armut und Wohnungslosigkeit können jede/n treffen:** Ob Jobverlust, physische oder psychische gesundheitliche Probleme, Scheidung und Trennung oder Konsequenzen eines unregulierten Miet- und Bankenwesens; die Gründe für Armut und Wohnungslosigkeit können jede/n treffen.
- **Diskriminierung als großes Problem:** Menschen in Armutssituationen, schlechten Arbeits- und Wohnverhältnissen, mit unkonventionellem Lebensstil oder Vorstrafen sind Vorurteilen und deutlicher Diskriminierung im Hinblick auf den Zugang zu Wohnraum ausgesetzt. Roma, MigrantInnen (mit Aufenthaltserlaubnis oder ohne Dokumente), Menschen mit Behinderungen, AlleinerzieherInnen und Angehörige ethnischer Minderheit erfahren doppelte Diskriminierung.
- **Die Krise hat zusätzliche Risikogruppen produziert.** Junge Menschen, die um Arbeitsplätze kämpfen, ältere Menschen, die mit der Entwertung ihrer Pensionen und Ersparnisse konfrontiert sind und eine steigende Zahl an Angehörigen der "Mittelschicht" mit Schuldenproblemen gehören zu jenen Gruppen, die in besorgnis erregendem Ausmaß nun auch von Wohnungslosigkeit bzw. dem Verlust ihres Wohnraums bedroht sind.
- **Stop der Bekämpfung der Armen durch öffentliche Behörden.** Allzu oft scheinen öffentliche Behörden eher darauf abzielen, das Problem zu verschleiern. Statt auf Lösungssuche zu gehen werden Menschen mit Armuts- und Wohnungslosigkeitserfahrungen selbst bekämpft, z.B. durch die Kriminalisierung der Nutzung des öffentlichen Raums, die Zerstörung oder Räumung besetzter Häuser und Orte, an denen Obdachlose sich aufhalten. Niemand darf aufgrund seiner oder ihrer Armut kriminalisiert werden.
- **Wohnungslosigkeit und prekäre Wohnversorgung sind sowohl Symptom für als auch Folge von Armut, sozialer Ausgrenzung, Arbeitslosigkeit und gesundheitlichen Problemen:** Das Fehlen einer stabilen Wohnsituation untergräbt die Anstrengungen den eigenen Arbeitsplatz zu erhalten oder einen neuen zu finden, bei guter Gesundheit zu bleiben, auf die eigenen Rechte zu pochen, ein Leben in Würde zu führen und im vollen Umfang zum gesellschaftlichen Leben beizutragen. Es setzt damit einen Teufelskreislauf in Gang.

- **Es gibt einen gravierenden Mangel an Sozialwohnungen:** In einigen Regionen müssen Menschen, die weder über einen angemessenen Job noch über ein adäquates Mindesteinkommen verfügen, so lange auf eine Sozialwohnung warten, dass sich die Herausforderungen, ihr Leben wieder in den Griff zu bekommen in der Zwischenzeit potenziert haben. Es gibt einen Mangel an Sozialwohnungen und es fehlt an bevorzugter Vergabe derselben an wohnungslose Personen.
- **Der private Wohnungsmarkt ist unzureichend reguliert bzw. gefördert.** Hohe Mieten, vorurteilsbehaftete Vermieter und ein Mangel an Rechtssicherheit führen oft zum Ausschluss von armuts- oder ausgrenzungsbetroffenen bzw. –gefährdeten Menschen vom Zugang zum privaten Wohnungsmarkt. Darüber hinaus besteht kaum Schutz vor schlechten Wohnbedingungen oder Delogierungen.
- **Wohnungsloseneinrichtungen sind keine langfristige Lösung.** Viele Bemühungen vorübergehende Notunterkünfte zur Verfügung zu stellen, dienen eher dem Überdecken des Problems der Obdachlosigkeit. Sie stellen keine nachhaltige Unterstützungsform im Sinne von dauerhaftem Wohnraum dar und tragen zur Hospitalisierung wohnungsloser Menschen bei.

Andere Zugänge und Lösungen sind notwendig

- **Das Recht auf Wohnen ist ein Menschenrecht, das gestärkt werden muss.** Sowohl internationale Abkommen als auch Deklarationen verschiedener EU Institutionen und die Verfassungen einiger EU Mitgliedsstaaten erkennen dieses Recht explizit an. Auf EU und Mitgliedsländer-Ebene müssen jedoch – ähnlich wie in den Bereichen Bildung und Gesundheit – größere Anstrengungen zur Umsetzung dieses Menschenrechts unternommen werden.
- **Die Entwicklung von "Housing first"-Ansätzen ist wichtig:** Für viele wohnungslose Menschen ist es kostengünstiger und besser zuerst eine Lösung für ihre Wohnsituation zu finden und weitere Probleme in der anzugehen anstatt diese aus der Situation prekären oder unsicheren Wohnens zu lösen. Nichtsdestotrotz darf das "Housing first" Prinzip nicht dazu misbraucht andere Dringlichkeiten zu negieren oder Menschen inadäquaten Wohnraum aufzudrängen.
- **Die Komplexität von Wohnungslosigkeit und prekärer Wohnversorgung erfordert integrierte Lösung:** "Housing first" (Wohnraum zuerst) bedeutet nicht "housing only" (Wohnraum allein). Auch für gesundheitliche und soziale Probleme, Bildungs- und Arbeitsplatzanliegen und der Notwendigkeit einer Mindestsicherung für wohnungslose Personen braucht es Lösungen.

- **Unbewohnte Häuser, die Platz für Millionen von Menschen bieten, sind eine Schande.** Mit ein wenig politischem Willen wäre es möglich, jene Spekulationsgeschäfte zu verhindern, die zum Leerstand einer bedeutenden Zahl an Häusern führen während andere Menschen keinen Ort zum Wohnen haben. Durch die Ein- bzw. Anhebung von Steuern auf unbewohnte Gebäude könnte außerdem Mittel für nötige soziale Investitionen lukriert werden.
- **Es braucht eine Bündelung der Unterstützungsangebote für wohnungslose Personen.** Bürokratie und die Komplexität der Unterstützungsangebote für Gesundheits-, Arbeitsmarkt-, Wohn- und andere Probleme dürfen nicht länger zu Hindernissen für von Wohnungslosigkeit betroffene oder bedrohte werden. One-stop shops (gemeinsame Anlaufstellen), die auf die komplexen Bedürfnisse von wohnungslosen Personen eingehen, sind notwendig.
- **Von Armut und Wohnungslosigkeit betroffene Menschen müssen in die Entscheidungen, die ihren Alltag betreffen, einbezogen werden.** Sowohl im Sinne der Wahrung persönlicher Würde als auch zur Stärkung der Entwicklung erfolgreicher Lösungen ist es wichtig, die Beteiligung von Betroffenen an der Konzeption und Umsetzung politischer Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Situation zu unterstützen.
- **Integrierte Strategien gegen Wohnungslosigkeit.** Es bedarf der weiteren Entwicklung integrierte Strategien gegen Wohnungslosigkeit, wie sie sich bereits auf lokaler, regionaler, nationaler und auf EU-Ebenen bewährt haben. Menschen mit Armuts- und Wohnungslosigkeitserfahrung müssen an der Entwicklung dieser Strategien beteiligt werden.

Eine zentrale Botschaft der Delegierten war es, dass sie genug haben von jenen Maßnahmen der Krisenbekämpfung, die einzig zur Produktion von noch mehr Armut und Ausgrenzung führten.

Es ist an der Zeit auf EU-Ebene wirkliche Strategien gegen Wohnungslosigkeit und für Inklusion zu entwickeln, die nicht nur auf Papier bestehen, sondern auch entsprechende Maßnahmen nach sich ziehen.

Eine Verbesserung der Datenerhebung und mehr Wissen über die reale Situation von Menschen, die von Wohnungslosigkeit und prekärer Wohnversorgung bedroht sind, ist notwendig. Europäische Strukturfondsmittel müssen strategisch zur Reduzierung von Armut und Wohnungslosigkeit eingesetzt werden.

Schlussplenum – Abschließende Bemerkungen



Joan BURTON, *Irischer Minister für Sozialschutz* betonte ausdrücklich, dass das gemeinsame Anliegen vieler Interventionen der notwendige Respekt vor der Würde des einzelnen Menschen war.

Viele EntscheidungsträgerInnen vergessen sehr schnell jene Realitäten, die sie möglicherweise einst selbst erfahren haben. Wir müssen weiterhin strukturelle Partnerschaften zwischen EntscheidungsträgerInnen und Menschen mit Armutserfahrungen initiieren und entwickeln.

Lösungsansätze müssen alle Facetten und die multiple Dimension von Armut und prekärer Wohnversorgung berücksichtigen. Auch Politikfelder außerhalb des traditionellen Bereichs von Sozialschutz und sozialer Inklusion spielen eine bedeutende Rolle.

Im Rahmen der eigenen Präsidentschaft (Januar bis Juni 2013) wird Irland sich aktiv für die Erreichung des Europäischen Armutsreduzierungsziels einsetzen und die Bedeutung eines europaweiten Ansatzes der Armutsbekämpfung in allen Mitgliedsländern unterstreichen. Die Verbesserung der Situation besonders verletzlicher Gruppen, wie Kindern, AlleinerzieherInnen, Menschen mit Behinderungen und Haushalte ohne Erwerbseinkommen wird für die Präsidentschaft Priorität haben. Irland möchte die Frage der Wohnungslosigkeit auch beim Ratstreffen in der Zeit seiner Präsidentschaft ansprechen und wird das 12. Europäische Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen organisieren.

Lauris Beets, Vorsitzender des Sozialschutzkomitees (SPC) erinnerte die Anwesenden daran, dass die EU turbulente Zeiten erlebt und die Aussichten nicht rosig seien.

Eine Monitoringstudie des SPC hat bestätigt, dass der ökonomische Rückschritt die EU von ihrem Ziel der Armutsreduzierung bis zum Jahr 2020 weiter entfernt hat. Armuts- und Ausgrenzungsindikatoren belegen, dass die Entwicklungen in die falsche Richtung gehen. Immer mehr Menschen sind von Ausgrenzung oder Armut gefährdet und immer mehr finden sich am unteren Ende der Einkommensverteilung wieder. Der Zugang zu lebensnotwendigen Gesundheits- und Sozialleistungen hat sich verschlechtert, viele Unterstützungsbedürfnisse werden nicht länger abgedeckt.

Das Social Protection Committee (SPC - Sozialschutzkomitee) möchte die Kooperation zwischen Mitgliedsstaaten und der Kommission auf dem Gebiet der Sozialpolitik vorantreiben. Hinsichtlich der Reduzierung von Arbeitslosigkeit raucht es dabei eine gute Kombination von Anreizen und Angeboten. Die Bewältigung von Arbeitslosigkeit allein reicht jedoch nicht aus.

Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise hat die fundamentale Bedeutung von Sozialleistungen deutlich gemacht. Die Sicherung von Einkommenszuschüssen in adäquater Höhe ist ein effektives Mittel gegen Prekarität und soziale Ausgrenzung und schmälert die schlimmsten Auswirkungen der Krise.

Die Qualität der fiskalen Konsolidierungsmaßnahmen muss genau unter die Lupe genommen werden. Soziale Bedürfnisse aller Generation müssen dabei genauso Beachtung finden wie die Bedeutung von Sozialschutzsystemen für die Abfederung der kurz- und langfristigen Auswirkungen ökonomischer Schocks. Die Kontrolle von Sozialausgaben ist nicht die einzige Bedingung für Wachstum und Sozialausgaben waren auch nicht der Grund für die aktuelle Krise.

Bereits 2010 hatte das SPC in seinem *Gemeinsamen Bericht zu Sozialschutz und sozialer Inklusion* Wohnungslosigkeit und Wohnen zum zentralen Thema gemacht. Eine der Hauptbotschaften war damals die Bedeutung integrierter Strategien und die Entwicklung sozial und ökologisch nachhaltiger Gesellschaften. Das Komitee wird sich auch weiter damit beschäftigen, inwiefern mithilfe der *Offenen Methode der Koordinierung* weitere Aufmerksamkeit für diese Themen erzielt werden kann. Die Diskussionen dieses Treffens werden in weitere Nachdenkprozesse einfließen und hoffentlich noch vor dem nächsten Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen zu konkreten Fortschritten führen.

Ludo HOREMANS, *Präsident des European Anti Poverty Network (EAPN)*

Im Europäischen Jahr der Armutsbekämpfung 2010 hat das EAPN evaluiert was mit den Forderungen der Treffen der vorherigen fünf Jahre passiert ist und festgestellt, dass die Erwartungen alles andere als erfüllt wurden.

Viele Delegierte haben ihren wachsenden Unmut über die geringen Fortschritte zum Ausdruck gebracht. Sie haben ihren Unmut über die Sparpolitik im Zuge der Krise deponiert, die sowohl "gewöhnliche" BürgerInnen als auch Menschen mit Armutserfahrungen trifft, die in keinster Weise für diese Krise verantwortlich sind, während jene, die dafür Verantwortung tragen, sich dieser nicht stellen müssen.

Es ist gut so viele offizielle VertreterInnen der Kommission im Austausch mit Delegierten des Treffens zu sehen und der Dialog mit der EU-Administration scheint dadurch gestärkt worden zu sein. Es ist jedoch wichtig, nicht alle Erwartungen auf die Kommission zu richten. Die meisten Entscheidungen werden von den MinisterInnen der Mitgliedsländer getroffen, deshalb ist es wichtig, dass die Forderungen dieses Treffens auch bei ihnen landen.

Es ist wichtig eine Behausung zu haben, noch wichtiger aber ist es ein Heim zu haben und in Würde leben zu können. Integrierte Zugänge sind notwendig, um die vielfältigen Bedürfnisse von wohnungslosen Personen durch gute Gesundheits- und Sozialleistungen abzudecken. Wann immer Lösungen gesucht werden, ist es wichtig, betroffene Menschen einzubeziehen und zwar in strukturierter Form und nicht nur auf ad-hoc Basis.

Auch wenn es gut zu wissen ist, dass die Irische Präsidentschaft das 12. Europäische Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen im nächsten Jahr organisieren wird, darf die Arbeit bis dahin nicht ruhen. Wir brauchen Folge-Aktivitäten und müssen Menschen mit Armutserfahrungen in die laufenden Prozesse der Lösungssuche einbeziehen. Wir müssen außerdem darüber nachdenken, ob wir nicht mehr "Aktionen" auf die Tagesordnung unserer Europäischer Treffen setzen sollten.

Zuguter letzt ist es von großer Bedeutung, den Vorschlag der Kommission 20% der Europäischen Sozialfondsmittel für Maßnahmen sozialer Inklusion zu reservieren, zu unterstützen. Das EAPN hat eine Kampagne lanciert, um diese Botschaft allen Regierungschefs näher zu bringen. Nur mit solcherart sozialer Investitionen kann die EU einen Weg aus der Krise finden.

Freek Spinnewijn, *Direktor von FEANTSA, der Europäischen Föderation nationaler Wohnungslosenorganisationen*

Wir kennen die Tatsache, dass Wohnungslosigkeit und prekäre Wohnversorgung ein großes Problem darstellen. Auch wenn es keine verlässlichen generellen Daten gibt, so wissen wir jedenfalls, dass es einige Millionen Menschen sind, die die Unterstützung von Wohnungsloseneinrichtungen in Anspruch nehmen.

Die wichtigen Forderungen dieses Treffens müssen Beachtung finden. Laut Aussagen der Kommission haben einige Mitgliedsländer die Fragen der Wohnungslosigkeit als sozialpolitische Priorität in ihre Nationalen Reformprogramme aufgenommen. Das ist ein klares Zeichen dafür, dass die Mitgliedsländer mehr Unterstützung in der Bewältigung von Wohnungslosigkeit durch die EU begrüßen.

Eine starke Rolle der EU im Kampf gegen Wohnungslosigkeit wurde bereits mehrfach gefordert: in einer *Resolution des Europäischen Parlaments*; in dem vom EU-Rat 2010 angenommenen *Gemeinsamen Bericht zu Sozialschutz und sozialer Inklusion*; in Berichten des *Europäischen Sozial und Wirtschaftsrats* und dem *Europäischen Ausschuss der Regionen*; im Resultat der Europäischen Konsenskonferenz zu Wohnungslosigkeit, die 2010 von der belgischen Präsidentschaft der EU organisiert wurde. Es besteht also große Einigkeit darüber, dass die EU hier gemeinsame Aktivitäten braucht. Jetzt ist es an der Zeit, diese in Angriff zu nehmen.

Annex 1 – Rahmenprogramm

Alle Delegierten waren eingeladen, an einem von zwei möglichen Rahmenprogrammangeboten der Konferenz teilzunehmen, die am Nachmittag des 11. Mai stattfanden.

Der folgende Überblick gibt Einblicke in die dortigen Diskussionen

Rahmenprogramm 1

organisiert von EUH (European Union of Homeless / Europäische Union der Wohnungslosen) und HOPE (Homeless People in European Stations / Wohnungslose Menschen in europäischen Bahnhöfen)

Im Rahmen dieser Veranstaltung präsentierten sich die beiden Organisationen EUH and HOPE. EUH ist ein informelles Netzwerk von Menschen mit Erfahrungen von Wohnungslosigkeit, das aus Mitgliedsorganisationen in fünf EU-Ländern besteht: Armutsnetzwerk, Deutschland; Á Varos Mindenkié, Ungarn; Comité Des Sans Logis, Frankreich; Daklozen Aktie Komitee, Niederlande und Front Commun SDF, Belgien.

HOPE ist ein transnationales Projekt, das – in Kooperation mit Eisenbahnunternehmen in Luxemburg, Spanien, Italien, Deutschland, Belgien, Polen und Frankreich – die Bedingungen für wohnungslose Menschen auf Bahnhöfen in EU-Ländern verbessern soll.

Maarten Loopmans von der Katholischen Universität Leuven in Belgien erläuterte in seinem Vortrag mit dem Titel "Druck auf Wohnungslose: Gentrifizierung, Innenstadterneuerung und das selektive Recht auf die Stadt" wie Prozesse der Gentrifizierung zum Diktat des Marktes über öffentlichen Raum führen. Dabei kam es zu einer Politik der Privatisierung und der Vertreibung von wohnungslosen Menschen aus öffentlichem Raum. Das Recht auf die Stadt und das Prinzip diese gemeinsam zu nutzen, sind daher bedroht, am stärksten davon betroffen sind marginalisierte Gruppen.

In der nachfolgenden Debatte kam es zu breiter Zustimmung der TeilnehmerInnen, dass angemessener Wohnraum und der Kampf gegen Armut oberste Priorität bleiben sollten, es jedoch auch um das Recht auf öffentlichen Raum ginge und dieses niemandem verweigert werden dürfe. Darüber hinaus wurde festgestellt, dass es einen gemeinsamen lokalen, nationalen und europäischen Zugang zu bzw. Umgang mit aktuellen lokale Fragen und Ansätze – einschließlich der Kriminalisierung von wohnungslosen Menschen – braucht.

Rahmeprogramm 2:

organisiert von La Strada and BRAVVO

LA STRADA <http://www.lstb.be/> ist eine regionale Initiative der Commission Communautaire Commune der Stadt Brüssel, die 2008 gegründet wurde, um einen besser Überblick und bessere Einsichten hinsichtlich der Situation der Wohnungslosigkeit in der Stadt zu gewinnen, und um Unterstützung für jene Organisationen anzubieten, die auf diesem Gebiet arbeiten. La Strada erhebt Daten und persönliche Erfahrungen von wohnungslosen Menschen, Wohnungsloseneinrichtungen und SozialarbeiterInnen. Außerdem beschäftigt sich La Strada mit der Wirkung von politischen Maßnahmen und Unterstützungsangeboten durch die Organisation von Diskussionen der relevanten Stakeholder. Im Speziellen hat sich La Stradea mit der Situation im Winter beschäftigt, wo es normalerweise zu Notreaktionen auf eine Situation kommt, auf die man sich längst hätte einstellen können. Zudem wird durch eine Online-Plattform versucht bestehende Service-Angebote besser zu koordinieren.

BRAVVO <http://www.bravvo.be/> is eine lokale Initiative der Stadt Brüssel, die ihr Augenmerk zunächst auf junge Menschen richtete, die sich nicht an Bildungs- oder Ausbildungsmaßnahmen beteiligen und sich im öffentlichen Raum aufhalten. Im Zuge der Zunahme wohnungsloser Personen auf den Straßen Brüssels hat sich der Zugang in den letzten Jahren jedoch auf weitere von Wohnungslosigkeit betroffene Gruppen verbreitert. Die Organisation ist direkt vor Ort aktiv und spricht Wohnungslose auf ihre Situation, ihre Schwierigkeiten, Spannungen und Konflikte an und unterstützt sie bei der Suche nach Auswegen.

Im Zuge der Diskussion wurden verschiedene Gründe für Wohnungslosigkeit und das Verhalten der Behörden gegenüber wohnungslosen Personen und deren Nutzung des öffentlichen RAums miteinander verglichen. Man einigte sich darauf, dass die Datenlage zu Wohnungslosigkeit niemals perfekt sein werde und jeder einzelne Fall von Bedeutung ist, auch wenn es nur um eine einzige Person geht. Daten können jedoch hilfreich sein, wenn es darum geht Veränderungswünschen gegenüber offiziellen Behörden zu rechtfertigen. Zudem wurde darüber nachgedacht, wie eine Ghettoisierung von wohnungslosen Personen durch spezifische Angebote vermieden werden kann.

Annex 2 – TeilnehmerInnenliste

Austria / Österreich	
SCHUTTE Michael	Straßenzeitung Augustin
GANGLE Silvia	Amsel
TIGGES Axel	Personal Assistant Vera Hinterdorfer
HINTERDORFER Vera	BAKU – Begleitung aller Krisensituationen
GEIGER Carina	Personal Assistant Irmgard Kampass
KAMPASS Irmgard	Sichtbar-Werden
LEHNER Waltraud	MindestVerUnsicherung
Belgium / Belgien	
VANDERMEERSCHEN Elke	BAPN
MEIRSCHAERT Véronique	BAPN
AUSLOOS Daniel	BAPN
LANGLOIS Dominique	BAPN
BAERT Geneviève	BAPN
Bulgaria / Bulgarien	
NIKOLOV Aleksandar	EAPN Bulgaria
TODOROV Aleksandar	EAPN Bulgaria
STAMBOLUSKII i Borislav	EAPN Bulgaria
NIKOLOV Ivan	EAPN Bulgaria
ASIPOV Sabri	EAPN Bulgaria
Croatia / Kroatien	
SVAGUSA Vesna	Zentrum für sozialpolitische Initiativen
CZ Rep	
MROZEK Stanislav	Slezská Diakonie
FURAK Milan	Caritas Ostrava
LEWINSKI David	Slezská Diakonie
ORAWSKI Robert	Slezská Diakonie
PLSKOVA Jana	Salvation Army
Cyprus / Zypern	
KAZANTZIS Ninetta	EAPN Cyprus
STAVROU Georgios	EKYSY
KYRIAKOS Odysseos	EAPN Cyprus
APOSTOLIDOU Efrosini	Cyprus Greens Woman Movement
Denmark / Dänemark	
BAY-PETERSEN Sofie	SAND
Ernstsen Per	SAND
BERTELSEN Martin	SAND
ANDERSEN Leif	SAND
SCHEIL Eva Pia	SAND
Estonia / Estland	
KAHJU Laura	EAPN Eesti MTU

ELBING Andrus	EAPN Eesti MTU
TOPAASIA Ervin	Nõmme Child Welfare
TURSMAN Tiina	Omaстеhoolajate MTÜ
Finland / Finnland	
VAISANEN Veikko	Settlement Kalliola
TOIVONEN Matias	VVA ry
KAHARA Pertti	Settlement Kaliola
VARSAKAKI Timo	KRIS
NIEMELAINEN Ulla Mari	S-asunnot oy
France / Frankreich	
COLLINET Geneviève	FNARS
BERTHON Francis	Entraide ouvrière
DEPLANQUE Richard	Heilsarmee
FRISCOURT Fabrice	Heilsarmee
PION Dominique	Impact
SZYMANSKI Catherine	Secours Catholique
Deutschland / Deutschland	
BIEHN Erika	VAMV
NIEDERLAND Karin	Straßenfeger
HENRICH Diana	Netzwerk Friesenkraft
MULLER Jörg	
PLIETZSCH Sven	AWO
FRANKE Werner	
Greece / Griechenland	
VARDARAMATOU Konstantina	EAPN Greece
ATHANASSOULAS Thanaddid	EAPN Greece
KESOVA Larisa	EAPN Greece
Hungary / Ungarn	
MESTER Attila	HAPN
SZIGETI Adrienn	“Die Stadt ist für alle”
DUKA Andrea AM	HAPN
SZARVAK Eva M	HAPN
SZABONE JUHASZ Sara Z	HAPN
Iceland / Island	
GUDJONSDOTTIR Asta	Sjálfsbjörg
GUNNARSDOTTIR-Gigja Tinna	Bot
KRISTINSSON Guðmundur Ingi	Bot
OLAFSDOTTIR Laufey	Alleinerziehenden-Verband
Ireland / Irland	
LYNCH Kay	EAPN Ireland
BRADY Deborah	One Family
MACKEY Michael	SIMON Galway
O"GORMAN Mickael	SIMON Galway
WARD Maureen	Irish Traveller Movement
Italy / Italien	

MELE Carlo	EAPN Italy
SOFIA Giuseppe	EAPN Italy
EMILIO Sabrina	EAPN Italy
BATTAGLIA Giuseppe	EAPN Italy
GRGA Mirko	EAPN Italy
RUFINO Francesca	EAPN Italy
RICCIARDI Luigi	EAPN Italy
Lithuania / Litauen	
BARANAUSKAITE Vaida	Baltic Foundation
LAUKEVICIENE Gemma	Red Cross
GRISKEVICIENE Lolita	GELVONAI COMMUNITY
TALANDIS Zanas	SOCIAL PROJECTS "MANO GURU"
Luxemburg	
SCHULLER Anne-Marie	EAPN Luxemburg
Macedonia / Mazedonien	
TERZIEVA Pavlovska Meri	MAPP
STOJANOVSKI i Mite	MAPP
PANOV Ico	MAPP
Malta	
GRIMA Francis Saviour	
GARRETT Antonia S.	Millenium Chappel Foundation
BRINCAT Johanna	Millenium Chappel Foundation
TODD DIMECH Joseph	Millenium Chappel Foundation
Netherland / Niederlande	
SMEEKES Alida	EAPN NL
NIELAND Marianne	EAPN NL
VAN DER VOORT Petra	
Svanishvili Davit	EAPN NL
Pavliashvili inga	EAPN NL
Norway / Norwegen	
HASSAN Jamila	Din Fremtid
KASHALE Honoratte Muhanzi	BIBI AMKA
MATHISEN Berit	Stiftelsen Selvhjelpens Hus
ENGEN Johanna	EAPN Norway
MOSTAFA Mostafa Kuku	Din Fremtid
Poland / Polen	
WYGNANSKA Julia	Foundation for Social Innovation and Research "Shipyard"
PALACZ Natalia	Apteka Sztuki Gallery
WRONSKA Barbara	Otwarte Drzwi Association
CZARNEKA Alina	The "Otwarte Drzwi" Association
SOSNOWSKI Z.P.	Kamilians Mission of Social Assistance
SUSZWEDYK Dariusz	Cammilian's Mission of Social Assistance
Portugal / Portugal	
VICENTE Maria José	EAPN Portugal

PEREIRA Ana	EAPN Portugal
JAIME Filipe	EAPN Portugal
MENESES Antonio	EAPN Portugal
SEABRA Joao	EAPN Portugal
Serbia / Serbien	
ZARKOVIC Branislava	Housing Centre
Slovakia / Slowakei	
GALOVICOVA Anna	SAPN
MALEK Ivan	SAPN
ONSASNIKOVA Dana	SAPN
SUCHA Renata	SAPN
Slovenia / Slowenien	
NOUHOUM Ibrahim	Zavod RiSi
CASL Primoz	Zavod RiSi
MAJER Petra	Zavod RiSi
PETRIC Zan	Zavod RiSi
Spain / Spanien	
SALGADO VANELLA Fr.	Fundacion Atenea
AGUIRAN Maria	Red Aragonesa
BANON Pedro	Solidarios para el Desarrollo
FERNANDEZ Ruben	Cocemfe
SANTANA Gladis	Fundacio Dexalles
Sweden / Schweden	
ANDERSSON Asa	Verdandi
JOHANSSON Eva	Verdandi
JONSSON Käthe	Verdandi
Nordqvist Lena	Insolvens
PERSON Lisabeth	Insolvens
UK / Vereinigtes Königreich	
McCausland Fiona	EAPN UK
Mc MAHON Marisa	EAPN UK
Mc Manus Angela	EAPN UK
BRADY Sean	EAPN UK
SOBOR Aleksandra	EAPN UK
PODRIMAJ Lumturi	EAPN UK
Chair / Vorsitzender	
BRASK FISHER Jesper	Deputy Permanent secretary Ministyr of Social Affairs, Denmark
Speakers / Vortragende	
ANDOR Lászlo	EU Commissioner for Employment, Social Affairs and Inclusion
BURTON Joan	Minister for Social Protection, Ireland
BEETS Lauris	Chair of the Social Protection Committee
DE BLOCK Maggie	Belgian State Secretary for Social Integration and Combating Poverty
PION Dominique	Delegate from the 10th EU Meeting
HOREMANS Ludo	EAPN President

MUNSLOW Anthony Neil	Eurocities - Groupe Homelessness
MOLAS Jean-François	BAPSA Paris France
ROUMET Claire	CECODHAS Housing Europe
SPINNEWIJN Freek	Feantsa
LE BARS Sylvie	Solidarités actives – France
Danish Ministry / Dänisches Ministerium	
HAEKKERUP Karen	Minister for Social Affairs
NYEGAARD JEPSEN A.L.	Personal Secretary
WINTHER Eva E	Head of Section
VIZARD Dorte B	Head of Department
MUNK Kirsten	
Irish Ministry / Irisches Ministerium	
BURTON Joan	Minister for Social Protection
KELLY Paul	Assistant Principal Officer, Social Inclusion Division, Department of Social Protection
BROPHY Edward	Advisor to the Minister for Social protection
O'CONNELL Karen	Parliamentary Advisor, Department of Social Protection
CRAWFORD Jacinta	Private Secretary to the Minister for Social Protection
KEANE Sharon	Social Inclusion Division, Department of Social Protection
O'SULLIVAN Maeve	Social Inclusion Division, Department of Social Protection
Belgian State Secretariat / Belgisches Staatssekretariat	
DE BLOCK Maggie	Belgian State Secretary for Social Integration and Combating Poverty
LAURENT Dominique	Head of Cabinet
VAN GEERTSOM Julien	SPP Social Integration, Director
VERSCHOOTEN Cedric	Belgian State Secretariat for Social Integration and Combating Poverty
EU Commission	
FRANSEN Lieve	Director for Social Policy and Europe 2020
TOLEDANO LAREDO Emma	Empl D2 Head of Unit
PARASKEVAS Marie-Anne	Empl F1, Principal administrator
CULTRERA Concetta	Empl D2 Deputy Head of Unit
DEGRAND-GUILLAUD Anne	Empl D1, Team leader, Policy Officer
DENCH Kevin	Empl D2, policy analyst
IRONSIDE Sarah	Empl D1 Interinstitutional affairs assistant
TOTH Gabor	Empl E1, Policy officer
SASU Ionut	Empl D4 Policy officer
VANYOLOS Istvan	Empl D2 Policy analyst
ANDREI Corneli	Empl D2 Policy analyst
MOLSON Eric	Empl D2 Financial assistant
MESZARO Andrea	Empl D2 Policy analyst
HOLTHUIS Egbert	Empl D1 Head of Unit
ENGSTED MAQUET Isabelle	Empl A2 Deputy Head of Unit
HAAPAKKA Merja	DG REGIO C2 Policy officer
OPLAND Oyvind	Empl D1 Policy Analyst
SAINT DENIS Antoine	Empl D4 Policy officer

HUSZ Dora	Empl D2 Policy officer
OP DE BEKE Julisu	Empl D2 Policy officer
FAZI Elodie	Empl D2 Policy analyst
STOYANOVA Galya	Trainee
KETTERER Hanna Maria	Trainee
WOLF Wlter	Empl D2 Policy Analyst
SPC / EMCO	
BEETS Lauris	Chair of the Social Protection Committee
RABAU Muriel	SPF Social Security Belgium
FOUDRIERE Pascal	Min. Solidarité & Cohésion sociale – France
GERSTMANN Kati	Federal Ministry of Labour, Social Affairs and Consumer Protection, Austria (BMASK)
SIRLINGER Gerald	Magistratsabteilung 24 Gesundheits- und Sozialplanung
CIERNA Maria	Permanent Representation of the Slovak Republic to the EU
BOHAN John	Ministry for Social Protection, Ireland
WissenschaftlerInnen	
MARLIER Eric	
NGOs	
COTTINJI Jean Yves	Comité des Sans logis - EUH France
PEETERS Jean	Front Commun SDF - Belgium – EUH
SCHNEIDER Jürgen	EUH Deutschland
WILLEMSE Paul	Front commun SDF - NL – EUH
HARTUNG Brigitte	HOPE Deutschland
BURGERLING Elly	HOPE NL
RAZVAN Marin	HOPE Romania
PAARDEKOPER Edo	HOPE NI
DUPRES Aurelie	EU Network of Social Integration enterprises
CLARK-FOULQUIER Clotilde	Eurodiaconia
EU Progress Social Inclusion NGOs	
BANAS Pauline	Mental Health Europe
GREENE Caroline	Eurocities
GANZERLA Silvia	Eurocities
MARTINSSON Sofia	Eurocities
EESC	
COULON Pierre Jean	Comité Economique & social
LUCAN Eugène	Comité économique & social
ModeratorInnen (Workshops)	
CALVANELLI Laura	Caritas Italy
GORIS Josee	PPS Social Integration – Belgium
HERMANS Marja	Welzijnszorg – Brussels
GINNELL Paul	EAPN Ireland
STRIANO Mauro	Feantsa
VEREECKEN Léopold	
MARTON IZABELLA	EAPN Hungary
LEVOY Michele	PICUM

CARON Vincent	EAPN
MARGUERY Olivier	Heilsarmee
CESARINI SFORZA	EAPN Italy
BACKES Stephan	EAPN Belgium
ModeratorInnen (Dialoggruppen)	
MARGUERY Olivier	Heilsarmee
BACKES Stephan	EAPN Belgium
GORIS Josée	PPS Social Integration – Belgium
HERMANS Marja	Welzijnszorg – Brussels
STRIANO Mauro	Feantsa
HOREMANS Ludo	EAPN, Präsident
Organisationskommittee	
FARRELL Fintan	EAPN, Direktor
KoordinatorIn	
GERONDAL Micheline	EAPN
Dokumentation	
Edward THORPE	Thorpe European Services
EAPN Team	
DAHMEN Sigrid	EAPN
FLEMAL Coralie	EAPN
LEE Rebecca	EAPN
GONZALEZ Leticia	EAPN